

Liechtensteinisches Landesgesetzblatt

Jahrgang 1979

Nr. 7

ausgegeben am 24. Januar 1979

Verordnung vom 9. Januar 1979 zum Wasserrechtsgesetz

Aufgrund von Art. 44 und 45 des Wasserrechtsgesetzes vom 10. November 1976, LGBl. 1976 Nr. 69, verordnet die Regierung:

Art. 1

1) Anlagen, mit denen auf eigenem Grund und Boden Wasser aus einem öffentlichen Gewässer im Sinne von Art. 6 Abs. 1 Bst. b und c des Wasserrechtsgesetzes entnommen wird, sind dem Amt für Gewässerschutz vor Beginn der Bauarbeiten unter Angabe des Ortes und der Art der Wasserentnahme zu melden.

2) Sind solche Anlagen vor dem 18. Dezember 1976 erstellt worden, so müssen sie dem Amt für Gewässerschutz bis zum 30. April 1979 unter Angabe des Ortes und der Art der Wasserentnahme gemeldet werden.

Art. 2

Der Wasserzins wird bei verliehenen Wassernutzungen gemäss Art. 37 und 38 des Wasserrechtsgesetzes vom Amt für Gewässerschutz jeweils auf Ende des Kalenderjahres aufgrund der bezogenen Wassermenge erhoben.

Art. 3

1) Die bezogene Wassermenge wird vom Amt für Gewässerschutz nach den Angaben eines Wassermengennessers, der bei Wasserbezugsanlagen in der Regel einzubauen ist, festgesetzt.

2) Rechtfertigt sich der Einbau eines Wassermengenmessers nicht, so ist die installierte Pumpenleistung massgebend.

3) Wird für den Wasserbezug keine Pumpe verwendet, so hat das Amt für Gewässerschutz die bezogene Wassermenge auf andere sachgemässe Weise zu berechnen.

Art. 4

Gegen die vom Amt für Gewässerschutz getroffenen Verfügungen kann binnen 14 Tagen ab Zustellung Beschwerde bei der Regierung erhoben werden.

Art. 5

1) Für die vor dem 18. Dezember 1976 bestehenden, nach dem Wasserrechtsgesetz konzessionspflichtigen Nutzungen und Anlagen, Bauten oder Einrichtungen, deren Rechtsverhältnisse weder durch eine Bewilligung noch durch eine Konzession geregelt wurden, ist bis zum 30. April 1979 bei der Regierung die Konzession nachzusuchen.

2) Das Konzessionsgesuch hat die in Art. 8 des Wasserrechtsgesetzes aufgezählten Angaben und Unterlagen zu enthalten.

Art. 6

Das Amt für Gewässerschutz hat die Einhaltung der Vorschriften des Wasserrechtsgesetzes und der dazu ergangenen Verordnungen zu überwachen. Werden Verstösse festgestellt, ist an die Regierung schriftlicher Bericht zu erstatten.

Art. 7

Diese Verordnung tritt am Tage der Kundmachung in Kraft.

Fürstliche Regierung:
gez. *Hans Brunhart*
Fürstlicher Regierungschef